

# Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **21 (1941-1942)**

Heft 10-11

PDF erstellt am: **17.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Beispiel Adolf Frey, der es offenbar nicht anders wissen konnte, Carl Spitteler gegenüber einmal behauptet hat<sup>38)</sup>, Kellers „Anerkennung“ habe „nicht viel länger als ein Vierteljahr gedauert“, während er, Frey, dagegen „dreißig Jahre“ für ihn „gefochten“ habe, „auch gegen Gottfried Keller“, — eine Behauptung, die somit nicht völlig den Tatsachen entspricht.

Denn entspräche auch diese Behauptung der ganzen Wahrheit, — der eine herrliche Brief Meister Gottfried Kellers über Prometheus und Epimetheus, der Spitteler so unsäglich tief zu trösten vermochte, er wiegt schwerer und tönt voller als alles, was in jenen langen Jahren — von Widmanns Äußerungen abgesehen — überhaupt nur über Tandems unvergängliches Jugend- und Meisterwerk ausgesagt worden ist.

Es war wie ein einmaliger, zündender Blick, der Gottfried Keller für die so knappe Spanne, deren das Schicksal gerade bedurfte, wie einen Seher gleichsam befähigt hatte, seinen Blick in den abgründigen Seelenschacht dieser neuen sibyllinischen Dichterseele tauchen zu lassen und mit seinem Ohr das geheimnisvolle Singen und Klingen der Grundwasser ihrer tiefen verborgenen Geheimnisse abzulauschen.

Gewiß: es war nur ein einmaliger Blick. Nur ein einziges Mal hat Keller aus ganzem, vollem, reinem Herzen für Spitteler zu zeugen vermocht. Doch mit diesem einen Male hat er Spitteler nach dessen eigenem Bekenntnis in seinem Dichtertum gerettet und für endgültig wieder aufgerichtet. Das ist alles, was er getan, aber es ist unendlich viel.

# Politische Rundschau

## Die Kriegslage.

Der Fall von Singapur wird zweifellos in die Geschichte dieses Krieges eingehen als eines seiner bedeutendsten Ereignisse — vielleicht nicht allein in die Geschichte des Krieges. Mit dem Fall dieser Festung, deren Ausbau schon während einer langen Zeitspanne vor Kriegsausbruch immer wieder die Aufmerksamkeit der Welt gefangen nahm — die neuzeitliche Gestaltung geht zurück bis zu der Regierung MacDonald auf das Jahr 1924, wo diese Regierung der Arbeiterpartei sich endlich, nach vielen Hemmungen, zur Aufgabe ihres pazifistischen Zögerns in diesem Sektor, und nur in diesem, entschloß — damit ist nun mit einem Schlage nicht allein die ganze fernöstliche Position — nach dem *Vorwerk Hongkong* fiel nun auch das *Hauptwerk* — des britischen Empire in Frage gestellt, sondern — und das wiegt nach besonderen Richtungen noch bedeutend schwerer — auch *Indien* in Gefahr, in den Strudel des Niederganges gerissen zu werden, der mit dem 7. Dezember 1941 in einzigartiger Weise

<sup>38)</sup> Brief vom 17. Nov. 1911 (in „Briefe von Adolf Frey und Carl Spitteler“, hg. von Lina Frey, 1933).

eingeleitet worden ist. Einzigartig deshalb, weil die Entwicklung seit diesem Tage inzwischen mit einer Deutlichkeit sondergleichen die Schwäche der gesamten Positionen des Empire zunehmend hat erkennen lassen. Auch gewinnt man den Eindruck, daß diese Schwäche keineswegs allein materieller Natur gewesen sein kann, sondern in mindestens demselben Grade auch die Fähigkeit vorausschauender Disposition in sich schließt, eine Schwäche, die in solchem Grade, nach zweieinhalb Jahren Krieg, in besonderem Maße Aufsehen erregen muß. Denn noch im November des letzten Jahres gab man in englischen Regierungskreisen, und nicht etwa zu Händen der öffentlichen Meinung, sondern im diplomatischen Gespräche, der bestimmten Überzeugung Ausdruck, Japan sei von einem Eintritt in den Krieg der westlichen Großmächte noch weit entfernt; man rechnete durchaus damit, daß die Japaner in vorzichtiger Zurückhaltung, die man vor allem durch ihre offenkundige wirtschaftliche Schwäche bedingt ansah, den weiteren Verlauf des Krieges abwarten würden, um sich endlich bei gegebener Gelegenheit auf die Seite der Partei zu schlagen, die im Begriffe wäre, obenaufzuschwingen. Beständen auch diese Informationen nicht so sicher wie sie es sind — der Verlauf der Ereignisse mit ihren Begleitumständen hat sie in nicht zu widerlegender Weise erhärtet. Wie käme es sonst, daß die Verteidigung der Halbinsel von Malaya — wie man hörte — einer Truppe von ungefähr 60,000 Mann überlassen worden ist, obwohl die Festung Singapur nach der Landseite kaum gedeckt dastand? Und wie wäre es sonst möglich gewesen, daß sich die Amerikaner auf Hawaii in der denkbar vollkommensten Weise überraschen ließen?

Freilich hat der Angriff der Japaner das englische Weltreich insofern in einer kritischen Periode getroffen, als er mitten in die erst im rechten Anlauf stehende Rüstung traf. Vor einem Jahre noch stand das englische Mutterland unter dem ständig hemmenden und zerstörenden Druck der deutschen Massen-Angriffe zur Luft, der seine Produktion in weitgehendem Umfange beschränken, ja lähmen mußte, weil sie vorerst einmal ihre Umstellung im Sinne einer völligen Dezentralisation bedingte. Daß sich diese Umstände in besonderer Weise auswirkten, war natürlich letzten Endes auf die Tatsache zurückzuführen, daß es sich um eine Rüstungsproduktion handelte, die nach dem Ausbruch des Krieges im September 1939 im wesentlichen überhaupt erst hatte aufgebaut werden müssen. Dies traf in gleicher Weise zu auf die britischen Dominions, während die Mithilfe der Vereinigten Staaten noch durchaus in den Anfängen stand. Dabei erwuchs um diese Zeit für die Stellung des Reiches in den Gebieten des Mittleren Ostens eine schwere Gefahr, als mit dem Erscheinen des Afrika-Korps des Generals Rommel die relativ schwachen Kräfte, die den ersten Vorstoß durch die Ehrenaike vollzogen hatten, sich als unzureichend erwiesen, zumal ein nicht unerheblicher Teil dieser erst in der Organisation stehenden Milarmee in aller Eile hatte nach Griechenland geworfen werden müssen. Daß Churchill nach Lage der Dinge schon zu dieser Zeit die wesentlichen Kräfte — soweit sie für die Verteidigung des Mutterlandes für den Fall einer Invasion überhaupt entbehrt werden konnten — dem Mittleren Osten zuführte, erscheint auch heute naheliegend, nachdem außer der Milarmee auch die zweite Front von Palästina aus zu beschleunigtem Aufbau bestimmt worden war. Wenn sich mit dem kommenden Kriegseintritt Rußlands zwar die Angriffstätigkeit der Luftwaffe

gegen das Mutterland rapid verminderte, um schließlich im wesentlichen zum Stillstand zu kommen, so ergab sich andererseits bald die Notwendigkeit, den neuen Verbündeten nun mit Kriegsmaterial zu versorgen, eine Notwendigkeit, die sich aus militärischen wie auch aus politischen Gründen als unausweichlich erwies. Aus denselben Gründen werden diese Lieferungen auch heute fortgesetzt.

Alle diese Leistungen aber — Leistungen aus einer einstweilen sehr beschränkten Kraftquelle — mußten erfolgen unter den zunehmend erschwerteren Bedingungen der Transportfrage, nachdem die Tätigkeit der deutschen See- und Luftwaffen steigend Abgänge des Volumens zur Folge hatte, die im April 1941 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten. Es ist klar, daß unter solchen vielfachen Bedingungen nicht allein die Decke selbst sich immer wieder als zu kurz erwies, sondern auch ihr Hin- und Herziehen erhebliche Schwierigkeiten bereitete, da die Produktion an Schiffsraum zu jener Zeit noch wesentlich beschränkt blieb und die Abgänge bei weitem nicht zu decken vermochte. Auch ist das amerikanische Schiffsbauprogramm erst in den jetzigen Monaten in seinen wirklichen Anlauf eingetreten.

Allein die Würdigung aller dieser Gründe vermag die Vernachlässigung der Position des Fernen Ostens nicht im vollen Umfange zu erklären, zumal die britische Propaganda je und je mit der Stellung von Singapur ihren größten Aufwand getrieben hat. Die Auswirkungen werden auch nach dieser Richtung zweifellos nicht ausbleiben.

Man wird aus dem Umstand, daß der japanische Angriff die westlichen Alliierten überraschend getroffen hat, den Schluß ziehen, daß auch in diesem Falle wieder, wie schon mehrfach während des jetzigen Krieges, der britische Nachrichtendienst sich nicht auf der Höhe seiner Zeit befand, was in diesem Falle mit umso größerem Interesse vermerkt werden mag, als sich in den politisch wesentlichen Zentren des japanischen Mutterlandes starke britische Kolonien befinden. Setzt man dieser Tatsache die allem Anschein nach vortreffliche Arbeit der japanischen Kolonisten in heutigen Feindländern in Beziehung, so ergeben sich die naheliegenden Schlüsse von selbst.

Der Fall Singapurs wird sich vorerst in einem bedeutenden Prestigeverlust zu Lasten der westlichen Alliierten auswirken, der zwar die Person Churchill in ihrer Stellung nicht direkt gefährden dürfte, sie aber immerhin zu beeinträchtigen vermag. Es bestand schon zur Zeit der letzten Debatten im englischen Unterhaus der Anschein, daß die Person des britischen Premiers wieder in den Bereich der Diskussion gerückt werde, nachdem sie unter dem Eindruck der Abwehrerfolge gegen die massiven Luftangriffe auf die Britischen Inseln und durch die in der Folge eingetretene Stabilisierung der britischen Position überhaupt, besonders aber infolge der schon vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten beträchtlichen Hilfestellung dieses mächtigen Landes, fast unantastbar geworden war. Die alten Gegner des Premiers in seiner eigenen Partei begannen sich jedenfalls in einem Maße wieder zu rühren, das nicht unbemerkt bleiben konnte — und wenn auch die britische Propaganda stets nur gewisse Mitarbeiter des Ministerpräsidenten als Objekte der Opposition wahrhaben wollte, so schien doch etwas hängen geblieben zu sein. Der Fall Singapurs wird zweifellos solchen Tendenzen neuen Auftrieb geben.

Abzuwarten bleibt der Einfluß des Ereignisses auf die Kriegslage im Allgemeinen. Was die pazifische Lage betrifft, so richtet sich der Blick nach dem Falle Singapurs wohl in allererster Linie auf die Burmafront, wo ein entscheidender Erfolg für Japan größte Möglichkeiten in sich trüge. Man begreift unter diesen Umständen, daß der alliierte Oberkommandierende, General Wavell, sich zu einem persönlichen Augenschein an dieser entscheidenden Stelle veranlaßt gesehen hat, wie auch das steigende Interesse des chinesischen Marschalls nur allzu erklärlich erscheint. Für die Japaner jedenfalls zeichnet sich die Perspektive der Abschneidung der Burmastraße ab und weiter ein Griff in der Richtung nach Indien. Deshalb erscheint diese Front heute die wichtigste und man wird die weitere Entwicklung vor allem im Hinblick auf die dortigen kommenden Ereignisse verfolgen.

Die Konsequenzen für Sumatra, Java und am Ende Australien lassen sich zur Zeit kaum absehen. Wie die Dinge heute liegen, dürfte es sich für die Alliierten kaum mehr in erster Linie um die Sicherung von Positionen für eine kommende eigene Offensive handeln, sondern ganz einfach um die Rettung der letzten Positionen des südwestlichen Pazifik überhaupt. Denn für eine offensive Reaktion bestehen zur Zeit tatsächlich wenig Anhaltspunkte, und außerdem müssen selbstverständlich diese hypothetischen Möglichkeiten mittlerweile im Hinblick auf den Verlust brauchbarer Ausgangspunkte, zumal nun Singapurs, eine durchaus schwindende Tendenz annehmen.

Heute sind wir jedenfalls so weit, daß die einst beherrschende Stellung Europas und der weißen Rasse im Fernen Osten im Begriff ist, zusammenzubrechen. Damit beginnen sich nun die Folgen der Selbsterfleischung unseres Erdteils in einem Ausmaß abzuzeichnen, das für unsere europäische Kultur ein wenig ermutigendes Zeugnis bedeutet. In dieser Richtung erscheinen besonders aufschlußreich die jüngsten Erklärungen des japanischen Militärattachés in Berlin, der eine Verständigung mit China, aber gegen Tschiang Kai-shek, als möglich erachtet, wenn „der fremden Machtstellung das Rückgrat gebrochen“ sei. Der Ferne Osten soll also von den „Weißen“ gesäubert werden.

Ausgehend von der pazifischen Front läßt die allgemeine Kriegslage deutlich sichtbare Zeichen einer Stabilisierung zu Gunsten der Achsenmächte erkennen. Die beiden zentralen Fronten dieses Krieges zeigen gemeinsam diese Tendenz. Es wäre nicht erstaunlich, wenn sie sich in kommender Zeit im Sinne offensiver Gestaltung für die Achsenmächte aktivieren würden; was aber die allernächste Zeit betrifft, so werden diese gewiß alles tun, um den Schlag, den der Fall von Singapur für das Britische Reich bedeutet, nach aller Möglichkeit und mit Beschleunigung zu vertiefen. Die Rede Hitlers vom 30. Januar hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir uns im Stadium höchster militärischer und wehrwirtschaftlicher Konzentration der Mächte der inneren Linie befinden. Auf der anderen Seite sind die westlichen Alliierten und ihre Verbündeten für die nächste Zeit im Großen zu einer abwehrenden Kriegspolitik verhalten, zu der sie einerseits zwingt der beträchtliche Vorsprung, den Japan durch die Erfolge der ersten zweieinhalb Monate seines pazifischen Krieges sich erkämpft hat, andererseits der Stand ihrer Rüstungsproduktion, die sich immer noch erst in der Entwicklung oder im Stadium der Wiederaufholung, was Rußland betrifft, befindet. Eine grundsätzlich defensive Haltung dürfte sich für sie aus diesen Umständen von selbst

ergeben, und es ist durchaus wahrscheinlich, daß diese sich bis weit in das laufende Jahr hinein erstrecken wird.

Den Eindruck beginnender Stabilisierung erhält man heute von dem Verlauf der Operationen an der Ostfront. In den letzten zwei Monaten ist es der russischen Armee zweifellos gelungen, den Truppen des Reiches und seiner Verbündeten einen beträchtlichen Teil der von ihnen im Herbst erkämpften Positionen wieder abzunehmen, wie ein Blick auf die Karte zeigt, die vor einigen Tagen in der deutschen Presse zur Veröffentlichung gelangt ist. Der Ring um Moskau, der schon auf gutem Wege war, sich zu schließen, besteht nicht mehr. Hier sind die deutschen Truppen in großen Zügen wieder auf die Stellungen zurückgedrängt, die sie vor dem Beginn der großen Offensive des letzten Herbstes innehatten. Zu einer ähnlichen Entwicklung haben die Kämpfe im Raum von Petersburg geführt, wo die Russen die Schließung des Ringes am Südostrufer der Ladogasee, die durch den Vorstoß über den Ort Lichwin in greifbare Nähe gerückt war, verhindern konnten. Die Stadt Petersburg wird also nach wie vor über den Ladogasee versorgt, während die deutschen Truppen hier wieder hinter der Haupt-Eisenbahnlinie Moskau-Petersburg stehen, die nunmehr bis auf ein kurzes Stück unmittelbar vor Petersburg wieder in russischer Hand ist. Daraus ergibt sich, daß in den Sektoren von Moskau und Petersburg die Truppen des Reiches ihre offensiven Operationen wieder aus Stellungen werden auslösen müssen, von wo sie bereits in den Monaten des Herbstes vorgestoßen sind — sofern sie überhaupt einen Vorstoß in diesen Bezirken planen sollten. Am geringsten sind die Frontveränderungen an der Südfront, wo die Russen seit der Wiedereinnahme der Stadt Rostow am 30. November des vorigen Jahres im Ganzen genommen nicht sehr beträchtliche Fortschritte erzielen konnten. Dies gilt vor allem auch vom Kriegsschauplatz der Krim, wo es den Deutschen gelungen ist, anfängliche russische Erfolge, die nach verschiedenen geglückten Landungsmanövern ein nicht ungefährliches Ausmaß anzunehmen drohten und unter Umständen zu ernststen Konsequenzen strategischen Charakters hätten führen können, mit einer Ausnahme wieder auszugleichen: die Halbinsel Kertsch ist seitdem in russischer Hand geblieben, und nach wie vor hält sich die Festung Sebastopol.

Es kommt kaum von ungefähr, daß die Truppen des Reiches vor allem die Front im Süden so stabil wie möglich zu halten trachten. Von da führt der Weg nach dem Kaukasus, nach den reichen Ölorkommen, die für die Achsenmächte bei ihrer verhältnismäßig knappen Versorgungslage in diesen Produkten von besonders erheblichem Wert sind. Der Kaukasus ist aber auch im Rahmen der Gesamtstrategie des Krieges von hoher Bedeutung für Deutschland und Italien, da sein Besitz den Weg in der Richtung auf den Mittleren Osten — teilweise freilich über die Türkei — freigibt und die Perspektive eines Vorstoßes zum Persischen Golf eröffnet. Diese zweite Möglichkeit könnte dann eine besondere Bedeutung erlangen, wenn sie in Zusammenhang mit einem Vorstoß der Japaner in der Richtung auf Indien zu betrachten wäre. Man wird demnach jedenfalls die weiteren Entwicklungen an der russischen Südfront infolge der Möglichkeit gewisser Fernwirkungen, in deren Zusammenhang vorerst der ganze Mittlere Osten in Erscheinung treten könnte, mit besonderem Interesse betrachten. Größere Operationen verbieten sich freilich wegen der Jahreszeit noch für die nächsten Wochen; diese aber werden ohne Zweifel intensiven Vorbereitungen gewidmet sein.

Hat demnach die russische Winteroffensive operative Erfolge in dem Ausmaß etwa der deutschen im Sommer und noch im Herbst des letzten Jahres nicht zu verzeichnen, so dürfte sie immerhin störend in diese Vorbereitungen der Gegenseite eingegriffen haben. Dies ergibt sich schon aus der Notwendigkeit, ständig beträchtliche Verbände für die Abwehr der unablässigen und laut den deutschen Berichten sowohl nach der Richtung der eingesetzten Truppen wie des Materials massierten Angriffe der Russen zur Verfügung zu halten. Daß diese über sozusagen unerschöpfliche Reserven an Menschen verfügen, wußte man ja längst — allein in dem Bereiche der materiellen Ausrüstung, welche diese Riesenarmee, gerade auch an Panzern, erfordert und erhält, ist man stets erneut wieder überrascht ob der anscheinend ebenfalls unerschöpflichen Bestände, wenn man die gewaltigen Verluste einrechnet, welche die russische Armee im Laufe der vergangenen acht Monate dauernd erlitten hat. Auch auf deutscher Seite ist zweifellos mit einem derartigen Ausmaß an Potenz nicht gerechnet worden. Ob diese nun zurückzuführen ist auf eine beinahe unvorstellbare Ausrüstung vergangener Jahre oder ob tatsächlich die Rüstungsindustrie in den Gebieten hinter dem Uralgebirge den Ausfall der westlichen Industriegebiete teils aus sich selbst, teils durch Umsiedlung bereits zu einem wesentlichen Teile auszugleichen vermochte — solche und andere Fragen gehören in jenes Gebiet des immer wieder Geheimnisvollen, des ewigen russischen Rätsels, bei dessen Lösung viele Beobachter und zahlreiche sogenannte „Kenner“ russischer Verhältnisse gewaltig versagt haben. Eines freilich ist in diesem Wust von Unklarheit, in dieser Fülle des Geheimnisvollen wohl unbestreitbar: daß das russische Reich mit dem Verlust der Ukraine seine Haupternährungsbasis verloren hat, und unter diesen Bedingungen ist es reichlich problematisch, wie dieses Volk im Laufe des Jahres ernährt werden soll. Es bleibt abzuwarten, ob und wieweit sich hieraus nach Außen spürbare Folgen ergeben werden.

Die zweite zentrale Front, Libyen, stand im Zeichen einer erneuten Umschichtung der militärischen Machtverhältnisse. Nachdem unter dem Druck des pazifischen Krieges beträchtliche Teile der Empiretruppen aus den Beständen der Milarmee herausgezogen werden mußten — vor allem Australier und Neuseeländer — und auch die britischen Flottenbestände reduziert wurden, gelang den Achsenmächten eine beträchtliche Verstärkung ihrer dortigen Armee, da der Nachschub über das Meer nicht mehr in wesentlichem Maße behindert werden konnte. Nun sind die britischen Truppen wieder in die Nähe ihrer Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Nach den Berichten hat dazu nicht unerheblich die technische Überlegenheit der Achsentruppen an Panzermaterial beigetragen. Die weitere Entwicklung an dieser Front läßt sich heute noch nicht absehen — insbesondere bleibt die Frage offen, ob Rommel gegebenenfalls mit weiterreichenden Aufgaben betraut ist.

Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg hat zwangsläufig zu einer Organisation der Zusammenarbeit im Hinblick auf die gemeinsame Kriegsführung der Alliierten führen müssen. In diesem Bereiche verfügen sie aus dem letzten Weltkrieg immerhin über einige Erfahrung; das alliierte Oberkommando wurde damals erst in der kritischen Periode gegen Kriegsschluß geschaffen, nachdem alle Anläufe vorher an der gegenseitigen Eifersucht der Mächte

gescheitert waren. In dieser Hinsicht scheint man heute einen Schritt weiter zu sein. Am 3. Januar 1942 versammelte sich in Washington der alliierte Kreis der 26 Nationen, und diese schlossen sich zu der „Großen Allianz“ zusammen, wobei als Zweckgedanke die Atlantik-Charta zur Grundlage gemacht wurde. In der Folge ließ sich erkennen, daß während des Aufenthaltes des britischen Premiers Churchill die beiden Staatsmänner auch die personelle und technische Organisation der gemeinsamen Kriegsführung vereinbart hatten und seitdem liest man reichlich viel über die aus dieser Vereinbarung hervorgegangenen Organe, wobei die Reichhaltigkeit der betreffenden Informationen diesmal unbestreitbar im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Klarheit steht. Das kann natürlich bis zu einem gewissen Grade auch Absicht sein, und es ist deshalb gar nicht weiter erstaunlich, daß bis heute der wirkliche Befehlsbereich und die tatsächlichen Kompetenzen beispielsweise des Oberbefehlshabers im Südwestpazifik, General Wavell, vor der Öffentlichkeit keineswegs klar abgegrenzt worden sind. Ob und inwieweit die getroffene Organisation zweckentsprechend gestaltet wird, dürfte sich in der Folge aus dem weiteren Verlauf der Kriegseignisse von selbst ergeben, wobei freilich, wie bereits angedeutet, eben auf der alliierten Seite mit längeren Fristen zu rechnen ist.

Den Vereinigten Staaten ist es inzwischen gelungen, auf der Konferenz von Rio de Janeiro die lateinamerikanischen Länder zu wesentlichen Teilen hinter sich zu bringen. Zurückhaltung üben allein Argentinien und Chile und nicht auch, wie teilweise erwartet worden war, Brasilien. Über die künftige Stellungnahme der beiden Länder, die sich zur Zeit gegenüber den Vereinigten Staaten noch reserviert verhalten, wird zweifellos der weitere Verlauf des Krieges die Entscheidung bringen. Indessen ist eine gewisse Rückwirkung der Konferenzbeschlüsse — sie betreffen im wesentlichen den Abbruch aller Beziehungen zu den Achsenmächten — auf Spanien bei der engen moralischen und kulturellen Verflechtung dieses Landes mit seinen sprachlichen Nachfolgestaaten wohl zu erwarten und vielleicht mögen diese und andere Dinge auch Gegenstand der Konferenzen sein, die in diesen Tagen zwischen dem spanischen Staatsoberhaupt und dem Ministerpräsidenten Portugals, des Verbündeten Englands, stattfinden.

Was das Britische Empire betrifft, so dürfte der Fall von Singapur, entsprechend den bekannten Reaktionen des britischen Volksscharakters, die Energien im Hinblick auf eine straffere Weiterführung mit dem Ziel einer erfolgreichen Beendigung des Krieges zu der vollen Anspannung bringen, die bis heute anscheinend, wie Berichte aus England selbst besagen, noch nicht verwirklicht worden ist. Man wird sich demnach, entsprechend dem womöglich ebenfalls gesteigerten Kampfeswillen der Gegenseite, auf ein beispiellos zähes Ringen einzustellen haben, dessen weitere Entwicklung offen steht. Das Britische Reich allerdings sieht sich, je länger der Krieg dauert, mehr und mehr in eine Lage versetzt, die nicht allen Engländern zusagt. Wir meinen die sich steigende Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, deren Übergewicht mit zunehmender Dauer des Krieges seinerseits zunehmen wird. Nachdem die Sphäre der britischen Macht auf der westlichen Halbkugel bereits seit langem in wesentlichen Teilen in die Hände der Amerikaner geglitten ist, macht sich — unter dem Eindruck der pazifischen Katastrophe — die Anziehungskraft des Stärkeren in steigendem Maße auch im fünften Erdteil bemerkbar — des Stärkeren, der



vom Kriege, außer Pearl Harbour, noch nichts gespürt hat und an dessen Himmel keine bombenbeschwerten Flieger des Feindes ihre Kreise ziehen. Churchill hat keine leichten Tage.

Zürich, den 13. Februar 1942.

Jann v. Sprecher.

## Schweizerische Umschau.

**Meliorationen; die Gewalt der Technik in der Landschaft. / Fünf Ereignisse links und rechts im Gefilde der Parteien. / „Svizzera Italiana“.**

Seit dem Jahre 1885, als der Bund seine Statistik eröffnete, zieht sich eine schier unabsehbare Kette von Bodenverbesserungen, Meliorationen, durch die Jahre. Nahmen die Glieder dieser Kette anfänglich nur gemach an Zahl zu, so brachte das Jahrzehnt des ersten Weltkrieges eine starke Vermehrung, und die Glieder folgten sich — aufs Ganze betrachtet — nachher ohne Unterlaß ebenso zahlreich. Das „Statistische Jahrbuch der Schweiz“ stellt fest, daß ausgeführt wurden

	an Entwässerungen:	an Güterzusammenlegungen:
von 1901 bis 1910	9 152 ha	3 618 ha
„ 1911 „ 1920	25 272 „	7 427 „
„ 1921 „ 1930	17 296 „	31 515 „
„ 1931 „ 1939	16 243 „	34 952 „

Aus diesen Daten läßt sich herauslesen, daß einmal der Sinn oder das Bedürfnis nach Meliorationen stark zugenommen hat und ferner, daß Kriegszeiten die Entwässerungsaktionen begünstigen, während die Friedenszeiten eher zu Güterzusammenlegungen Anlaß geben. Das ist auch leicht erklärlich: In Kriegszeiten, wo die Nahrungszufuhr stockt, braucht man mehr fruchtbaren Boden, in Friedenszeiten aber, wo die bäuerlichen Erzeugnisse überall auf preisliche Konkurrenz stoßen, drängt alles auf jene Rationalisierung der Betriebe, welche sich durch die Güterzusammenlegung erreichen läßt. Wenn nun heute, im zweiten Weltkriege, an Entwässerungen und Güterzusammenlegungen mit gleicher Tatkraft gearbeitet wird, wenn sogenannte „Gesamt meliorationen“ jetzt die Regel bilden, so rührt das davon her, daß sich Nahrungsnot und Rationalisierungsbedürfnis gepaart haben und nun gemeinsam die Bemühungen um die Bodenverbesserung steigern.

Der gegenwärtige Hochbetrieb im Fache der Melioration prägt sich nicht so sehr in einer Vielzahl von Verbesserungen geringen Umfanges aus, als darin, daß ganz große Unternehmungen in Angriff genommen werden. Kaum ist der Piano di Magadino am Langensee mit einem Kostenaufwand von 6 Millionen Franken so weit melioriert (Bauzeiten 1918—20 und 1931—40), daß der Tessin und seine Nebenbäche das Gelände nicht mehr überschwemmen können und die 3100 — früher waren es 10 200 — Grundstücke einen guten Ertrag an Roggen, Kartoffeln, Mais und Tabak versprechen, so holt man im Kanton St. Gallen zu zwei ganz großen Würfen aus, zur Melioration der Linthebene und der Rheinebene. Der Entschluß, die Linthebene zu verbessern, datiert als altes Anliegen der verdienten Vereinigung für Innenkolonisation (Leiter: Professor Bernhard) schon drei Jahre zurück und ist jetzt in dem Stadium der rechtlichen Organisation begriffen. Viel rascher, nämlich einzig während des Jahres 1941, hat die Not der Zeit das Projekt der Rheinebene (Vorkämpfer: Landammann Gabathuler) so weit gefördert, daß nunmehr die Hauptarbeiten — allerlei vorbereitende Bauten sind bereits ausgeführt — in Angriff genom-

men werden konnten. Der dortige Perimeter umfaßt in 10 Gemeinden nicht weniger als 6250 Hektaren und erfordert einen Kostenaufwand von 25 Millionen Franken. Ein Gesetz, welches vom St. Galler Volk mit gutem Mehr angenommen wurde, macht den Grundeigentümern eine intensive Bebauung des verbesserten Geländes sowie die Selbstversorgung zur Pflicht. Und der Bund, der an die Kosten 15 Millionen Franken beiträgt, hat hier erstmals bei einer Melioration die Besiedelung des frisch gewonnenen Bodens vorgeschrieben. Mit welchem Optimismus, ja mit welcher Begeisterung an dieses „letzte große zusammenhängende Meliorationswerk unseres Landes“, von dem man einen jährlichen Mehrertrag von 4—5 Millionen Franken erhofft, herangetreten wird, mögen einige Worte von Landammann Gabathuler dartun: „Das Meliorationswerk wird dem Rheintal große Impulse für eine kommende Entwicklung geben. Es schafft die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Produktionsarbeit kommender Bauergenerationen. Es bildet mit dem Netz von Kanälen und Straßen und mit der Neuordnung des Grundbesitzes die Grundlage für die rheintalische Landwirtschaft auf Jahrhunderte hinaus. Auf einem großen Teil des Kantons St. Gallen, der bisher auf großen Flächen nur geringen Ertrag abgeworfen hat, werden ertragreiche Fluren, Bauernhöfe und Obstgärten entstehen. Die Bevölkerung wird den großen Erfolg ihrer Arbeit erkennen und mit mehr Vertrauen in die Zukunft ihr Tagewerk erfüllen, als dies bisher geschehen konnte. Der rheintalische Boden wird einen großen Beitrag leisten für unsere Landesversorgung, und er wird insbesondere für die Versorgung der Märkte in Rorschach und St. Gallen eine nie versagende Ertragsquelle sein.“ Neben den anderen Ständen will aber auch der Kanton Zürich bei diesem Wettstreit um die Verbesserung des Heimatbodens nicht zurückbleiben: die Melioration des 780 Hektaren haltenden G o s s a u e r R i e d e s mit 3½ Millionen Franken Kostenaufwand und der L a n d s c h a f t v o n B ü l a c h - B a c h e n b ü l a c h - W i n k e l, welche bei 1426 Hektaren auf fünf Millionen Franken zu stehen kommt, sind im Jahre 1941 beschlossen und soeben in Angriff genommen worden. Im laufenden Winter hofft man dermaßen allein im Kanton Zürich 500 Hektaren Neuland zu gewinnen; es bleiben dann immer noch 16 000 Hektaren zu entwässern. Der Kanton Zürich, bei dem zur Zeit etwa drei Mal mehr Meliorationsprojekte hängig sind als sonst, beansprucht nicht umsonst von dem 50 Millionen-Kredit des Bundes 20 Millionen allein für zürcherische Werke! Anderwärts vernehmen wir etwa aus dem Kanton S o l o t h u r n, daß dort Pläne im Kostenbetrage von 21 Millionen Franken bereit liegen, und ähnliche starke Anstrengungen zur Bodenverbesserung machen auch andere Landesteile, die wir hier nicht nennen.

Seine Vollmachten gebrauchend, hat der Bundesrat am 11. Februar 1941 einen „Beschuß über außerordentliche Bodenverbesserungen zur Vermehrung der Lebensmittelerzeugung“ erlassen, der nunmehr neben dem Artikel 703 des Zivilgesetzbuches und den kantonalen Landwirtschaftsgesetzen das Verfahren bei Meliorationen bestimmt. Daraus werden wir inne, daß die Sache auch ihre rechtliche und ihre finanzielle Seite hat. Zugleich sind das die schmerzlichen Seiten für den einzelnen Bauern. Es geht da um sein Hab und Gut. Immer schärfer wird von der Allgemeinheit zugegriffen. Brauchte es z. B. früher im Kanton Zürich für das Zustandekommen eines Projektes die Mehrheit der Grundeigentümer oder zwei Dritteile der Grundfläche, so gilt jetzt ein einmal aufgestelltes Projekt zum voraus als angenommen, wenn nicht die Mehrheit der Grundeigentümer, welche zugleich über die Mehrheit der Grundfläche verfügt, ihr Veto einlegt. Zugleich haben die Fristen — natürlich ebenfalls zu Ungunsten der Beteiligten — eine starke Abkürzung erfahren. Ja heutzutage wird sogar, unter Berufung auf die Notwendigkeit, um jeden Preis fruchtbares Land zu schaffen, den gesetzlichen Vorschriften Zwang angetan. Man „überhüpft“ gewissenorts ganze Phasen des Verfahrens und macht es den Grundbesitzern vor allem un-

möglich, irgendwie auf die Entstehung eines Projektes einzuwirken. So sinkt das Recht des freien Bauern praktisch unter dem Drucke der goldgeränderten Diktate von Bund und Kanton — beide zusammen spenden bis zu 80 % der Kosten! — zusammen. Wer zahlt, der befehlt auch! Die Diktate selbst werden von den Meliorationsämtern formuliert. Überhaupt genießt der Techniker, der Kulturingenieur, auf diesem Gebiete eine fast unumschränkte Gewalt, der gegenüber die Grundbesitzer mangels Einsicht, mangels Geschlossenheit, mangels Organisation und mangels Zeit niemals aufkommen können. Manchmal will es scheinen, als ob die Meliorationsprojekte die einzigen Dinge wären, die man auf dieser Welt nur von einer Seite, nämlich von derjenigen ihrer Verfasser, ansehen könnte. Ich bin vollends überzeugt, daß bei der herrschenden Einseitigkeit in der Projektverfassung Werke unternommen werden, die man besser und billiger anders machte. Es fehlt bei dem ganzen Verfahren das Kontradiktorische: die Grundeigentümer werden geschickt in den Wagenzug der technischen Organe eingespannt, während sie eigentlich deren Gegenpartei sind. Wie selten wird doch zum Beispiel ein Projekt noch von einem unbeteiligten Techniker begutachtet und werden damit seine Mängel aufgedeckt! Würde es sich dabei nicht oft ergeben, daß gewisse Dringlichkeiten und Notwendigkeiten einfach aufgebauscht werden? — so zum Beispiel die Notwendigkeit, einen Bach einzudolen, wenn man von ihm weiß, daß er nur alle dreißig Jahre einmal überfließt und etwa tausend Franken Schaden stiftet — ist es dann nötig, jetzt Zehntausende deswegen auszuliegen? Unter dem Deckmantel der Schadensgefahr und der Arbeitsbeschaffung, heute auch der Landesversorgung mit Lebensmitteln, führen da viele Beteiligte: Techniker, Unternehmer, Fabrikanten und Bauern ein molliges, von keinem technischen Widerpart getrübbtes Leben. Diese Beobachtung führt mich zu der Forderung, es seien die Grundeigentümer so zu organisieren, daß ihnen in jedem Falle ein eigener technischer Berater zur Seite steht, der ex professo ein einfacheres, billigeres und angemesseneres Projekt vertritt als das offizielle.

Wenn man sich die Meliorationen recht überdenkt, so liegt in diesen gewiß sehr nützlichen Werken eine ganz ungeheuerliche Verfügung einmal über das Recht des Einzelnen, dem man zwangsweise den altererbten Besitz wegnimmt und fremden Boden zuweist, dann aber auch über die ganze Landschaft, fallen doch Weg und Steg, Flur und Hain, Wald und Feld, Gras und Blume, Baum und Strauch unter die Gewalt der Melioration. Was zu nächst die Ökonomie anbelangt, so ergibt es sich nach den Erfahrungen, daß die Entwässerung feuchte Böden wirklich fruchtbar macht, und daß die Güterzusammenlegung im Durchschnitt etwa 20 % Arbeit einsparen läßt, den Rohertrag um 15—20 % steigert und den Reinertrag um mehr als das Doppelte (1935—39: 233 Fr. pro Hektare, anstatt nur 108 Fr. pro Jahr) erhöht. Aber das Verfahren ist nicht nur mit dem Verlust des hergebrachten Bodens, sondern auch mit erheblichen Kosten verbunden, die sich pro Zuchart allein für die Zusammenlegung — nicht zu reden von der Entwässerung — trotz der Staatsbeiträge meist auf Hunderte von Franken belaufen. Heute mögen diese Lasten tragbar sein. Es kommen aber mit völliger Gewißheit auch wieder andere Zeiten für unsere Bauernsamen. Mit guten Gründen ist darum im Zürcher Kantonsrat von bäuerlicher Seite gesagt worden, die Bauern sollten auch die Gewißheit haben, daß man ihnen später die Erzeugnisse des jetzt mit großen Kosten meliorierten Bodens auch abkaufe. Diese Gewißheit kann ihnen aber niemand geben; die Verhältnisse werden stärker sein als alle Gesetze zum Schutze der Landwirtschaft. Es bleibt eben dabei — wie ich schon in einer früheren Würdigung der bäuerlichen Lage (Augustheft 1941) gesagt habe —, daß die Stärke des Bauernstandes nicht in einer Erwerbstätigkeit gewöhnlicher Art, sondern in einer bescheidenen, dafür aber soliden Existenz aus eigenen Kräften gesucht werden muß. Auch in anderer Hin-

sicht kommen wieder andere Zeiten: Die Entwässerungsanlagen können Schäden erleiden und bedürfen deshalb einer stetigen Aufsicht, wenn die Versumpfung nicht wieder Platz greifen soll. Hieran läßt es aber die Praxis fehlen. Die Güterzusammenlegung weiterhin kann durch erneute Zerstückelung in ihrer Wirkung aufgehoben werden, trotzdem nach den bisherigen Erfahrungen angeblich eine Rückkehr in den früheren Zustand keineswegs zu erwarten sein soll.

Was ferner den Eingriff in die Landschaft anbelangt, so tritt bei den Meliorationen besonders ins Blickfeld, daß die Grundeigentümer eigentlich privatrechtlich über den ganzen Bestand verfügen können und das auch täten, wenn nicht bis zu einem gewissen Grade doch auch öffentliche Interessen gewahrt würden. Zu diesen Interessen gehört besonders der Schutz der Natur. Grundsätzlich bringt die Melioration eine Gefährdung aller Naturerscheinungen mit sich: der Felder, der Wälder, der Hecken, der Quellen, der Bäche und damit auch der freilebenden Pflanzen und Tiere. Im Vordergrund steht der Kampf gegen das Wasser. Auch hier gilt, daß der Techniker, der Kulturingenieur, die Gewalt übt. Es ist eine betäubende Tatsache, daß aber gerade heute, wo mehr als früher vom Naturschutz — auch als Vorschrift in den behördlichen Erlassen — die Rede ist, die Natur je länger je weniger wirklichen Schutz findet. Im Grunde genommen verhalten doch eigentlich die Mahnungen der Naturfreunde: sowohl die Aufrufe des „Schweizerischen Bundes für Naturschutz“ zur Erhaltung der Biocoenosen als auch etwa das schöne Gutachten der Natur- und Heimatschutzkommission des Kantons Zürich über den Wert des Oblandes für die Tier- und Pflanzenwelt und das Landschaftsbild. Bloßer Naturschutz — das will sagen, die bloße Verpflichtung, etwas unberührt zu lassen, genügt heute kaum mehr. Wir müssen anstreben, daß an seine Stelle die positive Naturpflege als Aufgabe der Melioration tritt, durch Anlage von biologisch natürlichen Pflanzungen und Wasserwerken, durch angepasste Bach- und Straßenführungen und durch Erhaltung von Reservaten. Bis es allerdings so weit ist und eine andere Betrachtungsweise Platz greift, kann es noch lange gehen. Inzwischen wollen wir uns angesichts der heutigen scharfen Eingriffe in unsere Landschaften mit dem Spruche des Lateiners trösten, daß die Natur sich immer wieder Raum schaffe: „Naturam expellas furca, tamen usque recurret“.

\* \* \*

Für unsere parteipolitische Lage erscheinen mir folgende fünf Ereignisse als charakteristisch:

1. Im Kanton Zürich ist die im Herbst 1940 gegründete „Ständige interparteiliche Konferenz“ schon Mitte Juli 1941 durch den Austritt der Sozialdemokratischen Partei teilweise in die Brüche gegangen. Die Sozialisten stellten in einer Resolution fest, „daß die interparteiliche Zusammenarbeit mit den historischen Parteien die Lösung dringlicher wirtschaftlicher und sozialpolitischer Aufgaben keineswegs zu fördern vermochte“, und die Zusammenarbeit sei geeignet gewesen, „bei der Arbeiterschaft das Vertrauen zur Politik der Sozialdemokratischen Partei weitgehend zu erschüttern“. Immerhin wurde gleichzeitig erklärt, „daß ein Zusammengehen von Fall zu Fall insbesondere mit anderen Fraktionen im Kantonsrat auch weiterhin möglich oder sogar wünschbar bleibt“. Hand in Hand mit diesem Austritt ging eine Neubebung des sozialistischen Offensivgeistes. Schon der schweizerische Parteitag vom Mai 1941 hatte da vorgearbeitet, verlangte doch damals Parteipräsident Dprecht den „Mut zu sozialistischen Lösungen“, und wurde doch gerade aus dem Kanton Bern, wo sich ja zuerst eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den Parteien gebildet hatte, auch zuerst gegen die „Burgfriedenspolitik der oberen Parteinstanzen“ vorgestoßen. Seither pflegten die Sozialisten ihre Angriffslust weiter; wir erinnern uns zum Beispiel an ihren Aufruf vom letzten

Herbst, wo sie „Heraus zum Kampf!“ riefen gegen die Preis- und Lohnpolitik des Bundesrates und des „Bürgerblocks“.

2. Ebenfalls im Kanton Zürich ereignete es sich, daß die Demokratische Partei aus der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz scheid. Dieser Entschluß vom 1. November 1941 ist um so bedeutamer, als die Demokraten im Jahre 1894 mit zu den Gründern der schweizerischen Gesamtpartei gehörten. Sein Grund liegt laut einer öffentlichen Erklärung in dem Folgenden: „Die Zürcher Demokraten sind in den letzten Jahren mehr und mehr in eine Oppositionsstellung geraten und mußten erkennen, daß sich eine erfreuliche und für beide Teile ersprießliche Zusammenarbeit in absehbarer Zeit kaum mehr anbahnen ließe... Wesentlich ins Gewicht fiel das Schicksal der durch die Zürcher Demokraten aus tiefer Überzeugung unterstützten Bemühungen um Erweiterung der Regierungsbasis auf eidgenössischem Boden. Aber die Erweiterung der Regierungsbasis ist nicht die einzige grundsätzliche Frage, in der sich die Geister scheiden. Ähnliches ließe sich mit Bezug auf wichtige finanz- und sozialpolitische Forderungen nachweisen.“ Das Nachspiel dieser Lostrennung war dann die Bildung einer Demokratischen Fraktion im Nationalrat, zu der die Bündner Demokraten, sowie die Glarner und Tessiner noch „Holz“ lieferten. Die „NZZ“ beleuchtete das Geschehnis mit einigen Hinweisen auf die Vergangenheit: „Politisch ist zu bemerken, daß sich die Demokratische Partei seit dem Frontenfrühling 1933 im Zustand einer inneren Dauerkrise befand.“... „Die Beteiligung an der „Richtlinienbewegung“ lichte ihre Reihen um eine nicht unbeträchtliche Zahl grundsätzlicher Gegner einer solchen Allianz, ihre Sympathien zu den Freiwirtschaftlern stießen viele Bürger ab, ihre Gespräche mit den Jungbauern verärgerten die nicht mehr sehr zahlreichen bedächtigen Bauern unter ihren Anhängern und der Schulterbruch mit den Unabhängigen, bevor diese eine eigene Partei gründeten, beleidigte die demokratischen Gewerbetreibenden.“ Nachträglich hat sich dann auch noch eine Demokratische Partei der Schweiz gebildet, die sich einsetzen will „für die Wahrung der individuellen Freiheiten und für die Erhaltung des Rechtsstaates, wie auch für eine gerechte Verteilung der Lasten.“

3. Besonders interessant ist die Entwicklung des unter der Agide von Gottlieb Duttweiler stehenden „Landesringes der Unabhängigen“. Zu Basel eroberten die Leute dieses Ringes — übrigens Elemente aller Schattierungen — im März 1941 auf den ersten Anhieb 21 von den 130 Großratsitzen, womit die Stadt ihre bisherige „Röte“ einbüßte, und am 23. November gartendeten die Wahlen in den Genossenschaftsrat des „Allgemeinen Consumvereins beider Basel“ mit dem Erfolge, daß die mit dem Schilde „Neu A. C. B.“ vorgehenden Migrosanhänger gleich 25 von den 135 Stühlen besetzten. Auch in Genf war das Glück den Unabhängigen hold, indem sie in hartem Kampfe gegen die übrigen Parteien den parteilosen Professoren Rappard in den Nationalrat entsenden konnten. In ähnlicher Weise bereiteten die politischen Neulinge im Kanton Neuenburg dem Nationalen Block eine Niederlage: es unterlagen der Liberale Borel und der Radikale Béguin gegenüber einem Sozialisten und einem Parteilosen. Dahingegen zeitigten die Gemeindevahlen vom Dezember in Lausanne trotz dem ungeheuren Aufwand an Propaganda für Duttweilers „Alliance des électeurs Hors-Parti“ merkwürdigerweise gar keinen Gewinn. Trotzdem wird niemand an den anderwärtigen Erfolgen achtlos vorübergehen. Unter welchen Devisen sind sie erfochten worden? Positiv ging es um die „Ausöhnung und Zusammenarbeit auf Grund der Ideen des sozialen Kapitals und der Demokratisierung der Wirtschaft“, und es wurde dem „Gedanken der Einigung in der Mitte“ gehuldigt. Negativ richtet sich der Kampf der „Arbeiter und Konsumenten, welche die Masse und die Kraft des Landes bilden“, gegen die alten Parteien. Auf wirtschaftlichem Gebiete — beim „Allgemeinen Consumverein beider Basel“ —

wirkten folgende Programmpunkte auf die Wähler günstig: „Herabsetzung des Speisepreises von 22 % im Jahre 1940 auf den früheren von 18 %, Vermeidung eines übermäßigen Sortiments durchaus gleicher Artikel. Vollständige Unabhängigkeit vom Nahrungsmittel-Großkapital durch den Verkauf trust- und verbandsfreier Artikel. Sicherung der Nachkriegsversorgung durch die Anlage von Warenvorräten in Übersee, Kauf von Schiffen und Förderung der Ersatzstoffe, Leistungsbetrieb mit vorbildlichen Arbeitsbedingungen.“

4. Wenig Glück hatte in jüngster Zeit der zürcherische „Bund der Subventionenlosen“, welcher bekanntlich die freie Wirtschaft zum Kampf gegen den herrschenden Staatssozialismus und Staatskapitalismus rüsten möchte, und ihr einprägt, daß sie sich viel besser durchsetzen könnte mit ihren Anliegen, wenn sie sich nur zu gemeinsamer Tat aufraffte: „Die freie Wirtschaft ist ein Elefant, der sich seiner Kraft nicht bewußt ist“. In einer kürzlich erschienenen Broschüre klagt „Der Elefant“ über seinen Kampf ums Da-sein. Er erinnert daran, daß er innert der zwei Jahre seines Lebens zwei Abstimmungsvorlagen zu Fall gebracht habe, das Gesetz über die Sanierung der Pensionskassen des Bundespersonals am 3. Dezember 1939 und den Zürcher Stadtratsbeschuß über die Gehaltsaufbesserungen für das städtische Personal am 9. Februar 1941. Dann wurden ihm aber die Zeitungen, wo er mit Inseraten seine Polemik führte, wegen „Heße“ gesperrt, und die Gegnerschaft erteilte ebendort dem „Pistifer-Kari“ für eine „Nationale Aktion des guten Willens“ das Wort. Der Elefant meint nun: „Weniger Politik! — Möglichst wenig Politik! — Am liebsten gar keine Politik!“ Er kämpft für die Freiheit: „Unserer Freiheit ist ein Todfeind entstanden: Statismus, ein Ungeheuer, zusammengesetzt aus Verstaatlichung, Bürokratismus, Beamten- und Verbandsdiktatur.“ „Freiheit bedeutet — so lange unser Tun niemandem schadet — alle Möglichkeiten des herrlichen, wilden, schönheitsstrunkenen Lebens auszuschöpfen... Freiheit bedeutet, sich bis zur äußersten Grenze der eigenen Kraft zu entwickeln und jene Stelle im Leben einzunehmen, die man verdient...“ „Freiheit kann eben nur bei Freien wohnen, nur bei jenen, die Freiheit über Geld, über Besitz, über fette Pöstli und über Staatsaufträge stellen.“ Endlich findet der Elefant: „Die Nöte unseres Landes, der Krieg in der Welt, kommen nur daher, daß man die drei Welten des Geistig-Seelischen, des Wirtschaftlichen und des Staatlichen nicht fein säuberlich auseinanderhielt, sondern den Staat alles andere überwuchern ließ“, und er meint auch, dem von der Beamtenchaft geknechteten Volke werde heute von dieser alles zu Trust- und Monopol-Preisen geliefert. Das ist etwa die Art, mit welcher „der Elefant“ argumentiert und polemisiert; gegen die heutige gegensätzlich geartete Politik hat er freilich Mühe, aufzukommen.

5. Der „Gottthard-Bund“ — jene im Sommer 1940 gegründete außer- und überparteiliche politische Vereinigung — hat nach längerem Stillschweigen, das offenbar der Selbstklärung gewidmet war, am 30. November 1941 einen „Offenen Brief an die schweizerischen politischen Parteien und Bewegungen“ geschrieben. Überall — so heißt es darin — schleiche sich Mißstimmung und Mutlosigkeit ein. Der Gottthardbund sei nicht der Ansicht, daß die Parteien ihre Rolle ausgespielt hätten, glaube aber, „daß gesundes politisches Leben sich nur im Zusammenspiel und Kampf der verschiedenen Gesinnungen und Interessen entfalten kann“. Und weiter vernehmen die politischen Gruppen: „Die Interessenpartei muß wieder Gesinnungspartei werden... Aber ein gesundes bleibendes Zusammenspiel ist nur möglich auf Grund einer tiefgehenden Selbstbeinung und Umkehr... Wir wollen ein Ausgleichsorgan sein im Dienste des Ganzen“. Die politischen Vereinigungen werden schließlich aufgefordert, zu der ihnen vorgelegten „Eidgenössischen Ordnung“ ihre Meinung zu sagen und zu erklären, ob sie auf dieser geistigen Grundlage an einer Konferenz teilnehmen wollen, die eine aufbauende Aktion auf sozialem Ge-

biete zu besprechen hätte. Das Neue ist nun die vom Gotthard-Bund aufgestellte „Eidgenössische Ordnung“, äußerlich eine Broschüre mit 45 Seiten Text. Man kann sie als politische Prinzipienklärung bezeichnen. Behandelt werden drei Lebenskreise des Bürgers im Sinne feststehender „Ordnungen“. Im Wesentlichen heißt es von den „Persönlichen Ordnungen“: „Der Sinn für Freiheit und Gemeinschaft hat seine tiefste Wurzel im Geist des Christentums.“ — von den „Wirtschaftlichen Ordnungen“: „Die Arbeit soll das organisierende Prinzip sein, das den Einzelnen mit dem Ganzen verbindet.“ — von den „Politischen Ordnungen“: „Seine — des Bundes der Eidgenossen — politische Form ist der Föderalismus.“ Jede dieser „Ordnungen“ wird nach dem gegenwärtigen Zustande und nach den zukünftigen Erfordernissen beurteilt. Maßgebend ist in allen Beziehungen der Gedanke des von Gott befohlenen „Dienstes“. Der Mensch ist berufen zum Diener Gottes am Bruder, er hat den göttlichen Auftrag, mit seiner Arbeit für die Gemeinschaft zu wirken, er ist verantwortlich für das rechte menschliche Zusammenleben. Von diesem Urgedanken aus entwickelt die „Eidgenössische Ordnung“ ihre Anforderungen an das persönliche, wirtschaftliche und politische Handeln in den einzelnen Lebensbeziehungen.

\* \* \*

Ich möchte diese knappe Darstellung der fünf wichtigsten politischen Erscheinungen aus der jüngsten Zeit nicht abschließen ohne einige wertende Bemerkungen, und zwar glaube ich, daß folgende Urteile abzugeben seien: 1. Die Lösung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich aus der Zusammenarbeit unter den Parteien ändert nichts an deren politischer Zusammengehörigkeit und kennzeichnet nur einen Schritt der Parteiengesamtheit nach links. 2. Der Austritt der Demokratischen Partei des Kantons Zürich aus der Freisinnigdemokratischen Partei der Schweiz und die Gründung einer schweizerischen Demokratischen Partei ist eine Episode in der Konsolidierung der staatssozialistischen Parteipolitik und bleibt aufs Ganze gesehen ohne wesentliche Wirkung auf die Verhältnisse. 3. Die Erfolge des „Landesringes der Unabhängigen“ künden die Neubildung einer Gruppe neben den Parteien an, welche vorläufig sich um den Gedanken der reinen — nicht staatssozialistischen — Wirtschaftspolitik schart und im übrigen Anlagen hat zu einer liberalen Entwicklung auf einer weltanschaulich einheitlicheren Grundlage, als sie die Parteien aufweisen. 4. Die Unterdrückung des „Bundes der Subventionslosen“ ist bedingt durch die Tatsache, daß die freiheitlichen Gedanken und ihre Vertreter derzeit in den Parteien nur schwer zu Worte kommen; die Unterdrückung wird nach und nach aufhören, je mehr die Angehörigen der freien Wirtschaft sich von den alten Parteien befreien, allerdings ohne daß die „Subventionslosen“ etwas zu der Hoffnung berechtigte, es schwinde die von ihnen vertretene liberale Doktrin und Wirtschaftsauffassung wieder oben auf. 5. Die Prinzipienklärung des „Gotthard-Bundes“ durch seine „Eidgenössische Ordnung“ ist ein Merkmal dafür, daß christlich-konservative Gedanken jetzt mehr als in den früheren Jahrzehnten um Geltung ringen; ihre Besonderheit liegt z. B. nicht etwa im Föderalismus oder in der Ablehnung des staatlichen Wirtschaftens, sondern in der weltanschaulichen Einheit der Grundlage und in ihrer konsequenten Durchführung durch alle Probleme, für die gerade bei den eigentlichen Parteien das innere Verständnis grundsätzlich fehlt, weshalb der „Gotthard-Bund“ wohl seine Hoffnung auf die Zusammenarbeit mit den außerparteilichen Bewegungen umstellen muß.

\* \* \*

Nachdem der Stand Tessin während 15 Jahren einer kulturellen Zeitschrift entbehrt hatte, ist im verflossenen Monat Dezember die „Svizzera Italiana“ mutig auf den Plan getreten. „Vivremo?“, „Können wir leben?“ fragte sie sich allerdings, denn sie bedachte: „Tutte le altre riviste sono morte“, aber dann schwang sich in ihrem Gemüte doch jener gesunde Optimismus oben auf, der einzig auf die Güte seiner Sache abstellt. Nicht auf das Sterben kommt es ja an, sondern auf das Leben: „Non è il morire che conta, ma il nascere“. Und wir stimmen dem eifrigen Redaktor Guido Calgari zu, wenn er meint, auch seine neue Zeitschrift könne getrost wieder eingehen, wenn sie nur Stund' ihres Lebens dem besten Sinne der tessinischen Heimat Ausdruck geliehen habe.

Das Streben, dies zu tun, tritt uns Seite für Seite der „Svizzera Italiana“ entgegen, in erster Linie natürlich aus dem Programm, das die folgenden drei Zwecke des neuen literarischen Unternehmens darlegt (Seite 2):

„1) raccogliere intorno alla nostra rivista le forze operose della cultura del nostro paese, in ispecie quelle che con serietà spregiudicata possano occuparsi della vita artistica e scientifica della Svizzera italiana, nonchè dei suoi attuali problemi d'indole politica ed economica;

2) incoraggiare i giovani che ci tornano dalle Università a continuare il loro lavoro critico storico poetico, offrendo loro il mezzo per partecipare al paese i risultati delle loro ricerche;

3) indicare ai Confederati quali siano, a nostro giudizio, il valori fondamentali dell'anima ticinese e della sua tradizione, ragguagliandoli in pari tempo con oggettività sulla vita delle lettere e delle arti in Italia, e al mondo culturale della grande Nazione vicina offrire qualche notizia su ciò che si fa e che si scrive nelle diverse regioni della Svizzera“.

Die Mittel, deren sich die neue Zeitschrift bedient, um — wie gesagt — die Kulturkräfte der italienischen Schweiz zu sammeln, die Jugend zum kulturellen Leben der Heimat heranzuziehen und die wechselseitigen Beziehungen mit der übrigen Eidgenossenschaft und mit Italien zu pflegen, sind mannigfaltig. Gewiß liegt auf der schönen Literatur ein Hauptakzent, aber dicht darauf folgt auch der Sinn für die Kunst — ein Aufsatz über Urs Graf sticht mit einigen Bildern hervor —, für die Geschichte — hier ist auf einige Besprechungen zu verweisen —, und nicht zuletzt der Sinn für jene höchsten politischen Anliegen der tessinischen Heimat — ihr Wortführer ist der genannte Redaktor selbst mit Erörterungen über „La base morale delle rivendicazioni ticinesi“. Von der nächsten Nummer an möchte die „Svizzera Italiana“ sogar noch einen „Spezialitätenladen“, „La bottega dello speciale“ eröffnen, in dessen Regalen allerlei kritische Urteile zur kulturellen Lage aufgestellt werden sollen! Um dieses weitgesteckte Pensum zu erledigen, rückt die Elite der tessinischen Dichter und Gelehrten, ein jeder mit seinem Sonderauftrag, ins Feld. Im Hintergrund endlich spürt man das berechtigte Wohlwollen der Arbeitsgemeinschaft „Pro Helvetia“, ja sogar die nahen Beziehungen zu einer deutschschweizerischen Zeitschrift ähnlicher Haltung heraus.

Wie schwer es ist, in der italienischen Schweiz eine Zeitschrift aufzubauen, vermag indessen auch dem Betrachter der „Svizzera Italiana“ nicht zu entgehen. Klein an Raum ist ja der Grund und Boden, auf dem sie gedeihen soll. Die Tessiner wissen es ganz genau und haben es übrigens auch in dieser neuen „Rivista mensile di cultura“ ausgesprochen, daß sie in ihren wenigen Tälern keine eigene Kultur ins Leben rufen und nähren können. So bleibt ihnen — folgerichtig auch ihrer Zeitschrift — nichts anderes übrig, als die italienische Kultur in guter eidgenössischer Form zu pflegen. Das zwingt sie, stets über die rot-blauen Grenzpfähle hinaus zu blicken, nach Süden und nach Norden, und dorthier die Bausteine für die eigene kulturelle Existenz zu holen. Nicht umsonst unterrichtet schon die erste Nummer etwa über „Die neuen Ten-



denzen und die neuen Namen in der italienischen Literatur“ sowie über den deutschschweizerischen Zeichner Urs Graf. Es liegt in der Natur der Sache, daß wohl die italienische Schweiz den Nährboden der Zeitschrift bildet, daß aber im Übrigen der Tausch von Kulturgütern mit den Nachbarlanden die Hauptsache sein muß. Wir trauen es den Hüttern des neuen Unternehmens dabei zu, daß sie immer nur jene Güter eintauschen, welche dem Geist der südlichen Miteidgenossen zuträglich sind. Vorderhand geht es allerdings noch zum guten Teil darum, sich selbst zu erkennen, die Lage des Tessins und der Tessiner in der Eidgenossenschaft und unter den Nachbarstaaten, und die Bemühung hierzu dürfte noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Aber es ist doch nicht zu wünschen, daß die anderwärts grassierende „Autophilosophie der Schweizer“ in der „Svizzera Italiana“ einen neuen Unterplatz finde; viel wichtiger scheint es jedenfalls, sich bald an einzelne konkrete Probleme der heimatischen Kultur mit Kraft heranzumachen.

Bülach, am 3. Februar 1942.

Walter Hildebrandt.

# Kultur- und Zeitfragen

## „Parlo con Bruno“.

Das Buch, das der Duce zum Andenken an Bruno Mussolini geschrieben hat (Mailand 1941 — XX. Stabilimento tipografico de „Il Popolo d'Italia“), entstand aus der tiefen Trauer eines Vaters um einen Sohn. Nicht der Staatsmann spricht, sondern der Mensch Mussolini, der Vater. Es ist, als ob dieses stille Selbstgespräch mit der unbewußten und einzigen Absicht geführt worden wäre, wieder zur Besinnung zu kommen, zur Besinnung, die dem Vater durch den jähen Fliegertod des Sohnes geraubt worden war.

Dieser Vater steht, nachdem er seinen Sohn mit allen öffentlichen Ehrungen vor den Augen der Welt bestattet hat, allein im Zimmer des Dahingegangenen, inmitten der Bücher, Photoalben, Souvenirs und Grammophonplatten, die jener geliebt hat. Er tastet sich anhand von tausenderlei Belegen, die ein Knabenleben ausmachen, in die Atmosphäre zurück, die den so plötzlich groß gewordenen und so plötzlich verlorenen Sohn in seinem kurzfristigen Dasein umgeben hatte. Nicht nach streng chronologischer Reihenfolge ziehen die Erinnerungen am Auge des trauernden Vaters vorbei: einmal sind es Bilder aus der ersten Kindheit, dann solche aus der Schulzeit Bruno's. Es folgen Berichte über sein Debut als Flieger, über seine Tätigkeit in Spanien und Ostafrika, über seinen sensationellen und kühnen Ozeanflug, der ihn mit seinem Vorgesetzten und Kameraden Oberst Biseo nach Brasilien führte, über die selbstverständlichen, aber immer gewagten Versuche mit neuen Flugzeugtypen. Tagebuchnotizen vom Vater und vom Sohn sind eingestreut, lakonisch, herb, unsentimental, wie denn ja überhaupt die Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Familie des Duce nach außen von einer spartanischen Wortfargheit und ländlich-ruralen Gefühlszurückhaltung zu sein scheinen. Beileidsbezeugungen, Gedichte, Zuschriften von für Bruno schwärmenden jungen Mädchen, von flugbegeisterten Jünglingen werden auszugsweise angeführt. Und ein Brief ist da von Bruno's Primarschullehrerin, rührend in seinem an de Amici's „Cuore“ gemahnenden Stil. Neben diesen anspruchslosen — unliterarischen Dokumenten menschlicher Zuneigung, die der ungemein sympathische, sportlich er-